

Antigen

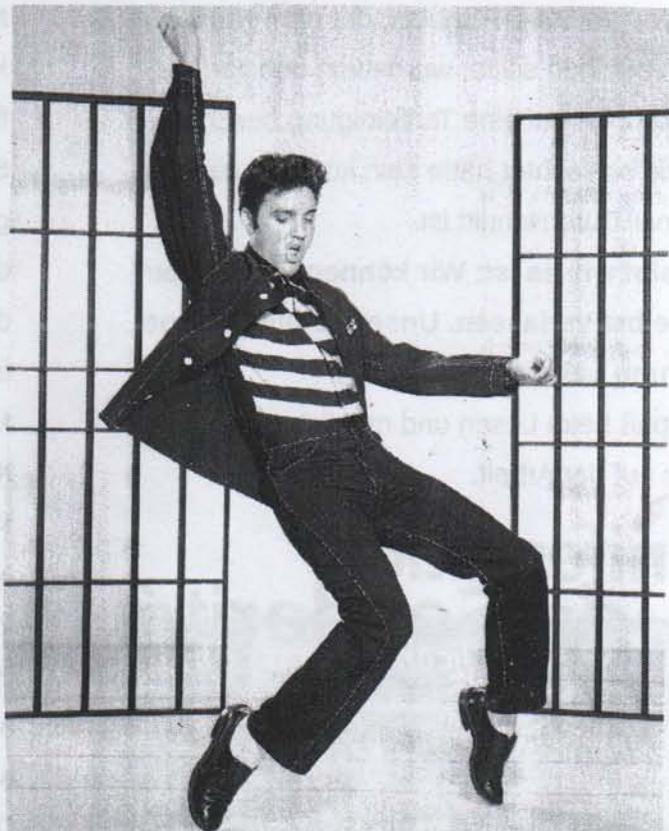
Betriebszeitung für die Amperkliniken
Von KollegInnen für KollegInnen

Blick über den Tellerrand

In dieser Ausgabe wollen wir versuchen, einen Überblick zu Konflikten, Aktivitäten und Aktionen von Beschäftigten zu geben. In Bayern und bundesweit. Gerade im Januar und Februar war in der gesamten BRD, auf Grund der schlechten finanziellen Lage vieler kommunaler Kliniken, ein Aufbegehren gegen schlechte Arbeitsbedingungen und Personalabbau zu verzeichnen.

Am 14.6. äußerte der bayerische Gesundheitsminister Marcel Huber auf der Veranstaltung „Forum Bayerische Krankenhäuser“ in München, dass 2012 42% der bayerischen Kliniken rote Zahlen geschrieben haben. 2011 waren es noch 35%, 2010 30%. Unter diesem Druck sehen sich viele kommunale Klinikbetreiber gezwungen, die selben Mittel zur finanziellen Konsolidierung anzuwenden, wie die rein auf Profit orientierten Privaten: Stellenabbau, Auslagerung einzelner Bereiche etc. Die Tatsache, dass in Krankenhäusern eh schon unter extremen Bedingungen und Druck gearbeitet wird und alle mit immer mehr Arbeit zu kämpfen haben, spielt hierbei keine Rolle. Die Folgen für eine, nie von den Beschäftigten verursachte, Misere müssen diese dennoch immer tragen. **Das Maß ist schon lange voll!**

Finanzielle Probleme sind bei der *Amper Kliniken AG* nicht der Fall. Im Gegenteil: Man gefällt sich darin, die auf unserem Rücken erwirtschafteten Profite großkotzig zur Schau zu stellen.



**A LITTLE LESS CONVERSATION
A LITTLE MORE ACTION PLEASE**

Es werden jährlich mehr PatientInnen versorgt und auch finanziell geht es stets bergauf. Innerhalb der *Rhön AG* nimmt die *Amper Kliniken AG* eine herausragende Stellung ein. Dennoch ist es Fakt, dass in der Pflege, im PatientInnen-Service und beim Reinigungspersonal die Arbeitsverdichtung durch fehlendes Personal

schwindelerregende Ausmaße annimmt, welche aber mittlerweile von uns Beschäftigten als vollkommen normal empfunden werden. Man gewöhnt sich eben an alles. War es vor ein bis zwei Jahren ein Fiasko, bei Krankheitsausfällen die gleiche Zahl PatientInnen mit weniger Besetzung pro Schicht zu versorgen, gehört dies heute zum Alltag.

Im Januar/Februar war im Haus die Stimmung auf dem Tief- und die Wut am Siedepunkt. Obwohl wir der Tarifkommission mehrmals persönlich mitteilten, dass die Voraussetzungen für einen Streik mehr als günstig stehen, wurden wir vertröstet. Nach unserem Aufruf „Wir wollen streiken!“ im März-Flugblatt, der dem Nachdruck verleihen sollte, wurde von den Tarifparteien kurz darauf eine Tarifeinigung beschlossen, die schlechter hätte sein können, aber eben nur Durchschnitt ist.

Es bleibt wie es ist: Wir können uns nur auf uns selbst verlassen. Unsere Solidarität gegen ihren Leistungsdruck!

Viel Spaß beim Lesen und möglichst wenig Stress auf der Arbeit.

Manifestation de Solidarité!

contre les licenciements abusifs



Schon gewusst?

Bei der KDI Service GmbH wurde die Sklaverei wieder eingeführt. Seit einigen Monaten gibt es im PatientInnen-Service 2 KollegInnen als SpringerInnen. Da auch hier regelmäßig Krankheitsausfälle zu verzeichnen sind, sah man sich wohl dazu veranlasst. In der Regel bekommen die SpringerInnen eine Zuteilung zu den Statio-

nen, auf denen sie aushelfen sollen. Sie müssen, wie alle anderen Service KollegInnen auch, monatlich 100 Stunden ableisten. Allerdings MÜSSEN die SpringerInnen an ihren freien Tagen nicht nur erreichbar, sondern abruf- und einsatzbereit sein! Natürlich gibt es keinerlei Zuschlag. Dafür, dass kein Unmut geäußert wird, sorgen die üblichen befristeten Arbeitsverhältnisse.

Protest gegen Arbeitsbedingungen und Stellenabbau am städtischen Klinikkonzern München

150 KollegInnen haben am 24. Januar 2013 in München gegen den Sparkurs am städtischen Klinikkonzern protestiert. Nach zunehmenden finanziellen Problemen und 315 abgebauten Stellen 2012 ist die Arbeitsbelastung enorm angestiegen. Verdi hatte zu der Kundgebung vor dem Klinikum Schwabing aufgerufen, wo neben den üblichen Funktionären und Vertrauensleuten auch KollegInnen ihre Meinung über das Mikro loswerden konnten. Die 2005 gegründete Klinik GmbH, bestehend aus den Münchener Kliniken Bogenhausen, Schwabing, Harlaching, Neuperlach und Thalkirchner Straße, hatte 2011 ein Defizit von 53 Millionen Euro. Vor der Privatisierung waren es 2004 noch 16,5 Millionen Euro. Für 2013 wird ein harter Sparkurs und ein weiterer Abbau von Stellen erwartet. Offen werdende Stellen, etwa durch auslaufende Arbeitsverträge, werden wohl nicht mehr nach besetzt. Zur Zeit arbeiten dort noch 6800 KollegInnen. Einer von verdi geforderten Zusagen über 2014 hinaus auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten mochten die Klinikleitungen bisher nicht nachkommen. Im Aufruf zur Kundgebung hieß es, dass die Arbeitsbedingungen krank machen, „tagtäglich gegen das Arbeitszeitgesetz verstoßen wird“ und dass es an der Zeit ist Stopp zu sagen.

Ansbach: Beschäftigte protestieren gegen Stellenabbau an den Bezirkskliniken Mittelfranken

„Wir zahlen Eure Zeche nicht“ stand auf dem Transparent. 200 KollegInnen demonstrierten am 26.2.2013 vor dem Ansbacher Rathaus gegen einen geplanten Stellenabbau und Auslagerung einzelner Bereiche, wie Technik und Verwaltung, in eine Servicegesellschaft. Von den Auslagerungen wären klassischerweise Küche und Wäscherei betroffen. Die gemeinsamen Bezirkskliniken Ansbach, Erlangen und Engelthal stehen, wie derzeit viele kommunale Kliniken, mit einem geschätzten Verlust von 9,8 Millionen Euro im Jahr 2012 in den roten Zahlen. Nun soll der Rotstift bei den 2800 Beschäftigten angesetzt werden. Es geht um 100 Arbeitsplätze. Anfang März will der Verwaltungsrat darüber entscheiden. Dieser hat, um die Protestierenden zu umgehen, an diesem Tag den Weg durch den Hintereingang vorgezogen.

Seit November arbeiten die beiden Betriebsgruppen **UNS REICHT'S – Unabhängige Betriebsgruppe am Klinikum Bremen Mitte** und **WIR WEHREN UNS – Unabhängige Betriebsgruppe in der Gesundheit Nord Bremen** wieder zusammen.

Sie meinen: *„In Zeiten allgemeiner Verunsicherung, ausbeuterischen Leistungsdrucks und nicht enden wollender Belastung wollen wir ein Zeichen von Solidarität und Handlungsbereitschaft setzen.“*

www.betriebsgruppen.de/wirwehrenuns

Hier ein Artikel aus ihrer Betriebszeitung *Rote Kanüle* Nr. 2, Juni 2013

Umgang mit Wirtschaftszahlen – Gesundheit ist keine Ware!

Dass die Krankenhäuser in der BRD nach den Kriterien „neo-liberaler“, kapitalistische Wirtschaft organisiert sind und auch so funktionieren, ist eine Tatsache. Solches bedeutet aber für die UBG nicht, Vorstellungen, Projekte und die Propaganda für das Ziel einer „weißen Fabrik“ kommentarlos und ohne Widerspruch hinzunehmen. Wir werden die von der Arbeit“geber“seite gepflegten Mythen aufdecken und angreifen!

Die GENO Krankenhäuser sind deshalb „unterfinanziert“, weil der bremerische Senat und die Bürgerschaft ihren Verpflichtungen aus diversen Krankenhausfinanzierungsgesetzen (KHG's) = Investitionskostenübernahme, Erstellung von Betriebsmitteln schon lange nicht mehr vollständig nachkommen oder die Bereitstellung der selben verzögern.

Krankenhäuser sind unterfinanziert, weil Investitionskosten „vergesellschaftet“ werden sollen. Der längerfristige Plan der verantwortlichen Bundesländer ist wohl der, die bundesdeutschen Krankenhäuser über die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) zu bezahlen.

Die Privatisierung der Krankenhäuser ist weitgehend abgeschlossen (die PPP-Modelle zur Zeit mausetot), weil die kapitalistische Investitionsidee des „shareholder value“ (Zinsen und zukünftige Rendite für die Aktionäre) in Ankauf,

der Konstitution von Krankenhaus-Verbänden und Abwicklung derselben bei kleineren und mittleren Gesellschaften bereits abgeschlossen scheint. Jene „Großkliniken“, welche bis heute dem öffentlichen Gesundheitswesen angehören, sind sozusagen „schlechte Risiken“.

Betriebswirtschaftliche Führung und rationalisierter Betrieb von Krankenhäusern in der BRD brachten:

Umfassende Privatisierung (der höchste Anteil erdweit); ausgeprägte Personallücken in der Pflege, Rückgang von Ausbildungsverträgen etc.; Arbeitsqualitätsverluste (stark verkürzte Liegezeiten, Entlassung von schlecht versorgten Kranken); Hygienemängel.

Weitgehende Ideologisierung des „Gesundheitsmarktes“: Wir reden von „Fallzahlen“, „case mix“, „benchmarks“ (Jargon in der Pflege = „elektive PatientInnen“, „Joker“, „schlechtes Risiko“, „Betten voll knallen“) und merken kaum noch, dass wir in der Sprache der Finanzmärkte palavern. Die Idee eines demokratischen, patientInnenorientierten Gesundheitswesens liegt unter den Interessen der Kapitalmärkte begraben.

Betriebsräte könnten über Aufsichtsratsmandate „mitbestimmen“, ist eine einfach zu durchschauende Rechnung, hat doch die Arbeit“geber“seite immer die entscheidenden Stimme mehr. BetriebsrätInnen sind die schlechteren ÖkonomInnen; eine Befassung mit den umfangreichen Zahlenwerken von GmbH's bindet also Kräfte, welche zur Beratung und Vertretung der KollegInnen fehlen, und blendet den Blick gegenüber alternativer Betriebspolitik. Die Gefahr ist groß, dass sich BetriebsrätInnen im Gestrüpp betriebswirtschaftlicher Einbindung verlieren.

Die Offenlegung von Daten und Inhalten, aus z.B. Aufsichtsratssitzungen, ist nach dem Betriebsverfassungsgesetz BetriebsrätInnen nicht erlaubt, weil dadurch das Vertrauen der Arbeit“geber“seite gestört werden könnte (z.B. „Betriebsgeheimnisse“, Wirtschaftszahlen). Wir sehen für BetriebsrätInnen in dem Fall eine „erweiterte Mitbestimmungspflicht“ = Debatte über

Senatspolitik, Gutachten, Ökonomie der Krankenhäuser, indem sich die Situation an den Arbeitsplätzen zuspitzt.

Die Interessen der KollegInnen müssen absolut im Vordergrund stehen.

Gesundheit

ist keine

Ware!



Flugblatt von KollegInnen aus der Uniklinik Freiburg März 2013

An Alle!!

Bilanzen, Boni, Bauvorhaben!

Im Pflegebereich, in den Laboren, in der Küche, in der Wäscherei...Überall an der Uniklinik sollen Stellen gestrichen werden. Man verweist auf die Bilanz – aber warum soll ein Krankenhaus Rendite abwerfen, noch dazu ein nach wie vor in erster Linie öffentlicher Betrieb??

Man argumentiert mit Bauvorhaben – aber in welchem Interesse wird gebaut? Mehr Operationen bedeuten nicht mehr Gesundheit, mehr Betten bedeuten nicht mehr Pflegequalität. Dahinter stehen (Geld)Interessen. Das „Sahnehäubchen“ obendrauf ist, dass der Aufsichtsrat mit Boni an den Umstrukturierungen mitprofittiert! (BZ 18.2.)

Körperverletzung!

Eines wissen wir jenseits der „3 B's“: jede weitere Einsparung von Personal, sei es in der

Pflege, in der Küche...ist Körperverletzung. An den PatientInnen und an uns!

Das werden wir nicht akzeptieren. Für die Älteren geht's darum, „aufrecht“ durchzukommen (durch die verbliebenen Berufsjahre). Für die Jüngeren darum, nicht schon bald „durch“ zu sein. Das kriegen wir nur zusammen hin!

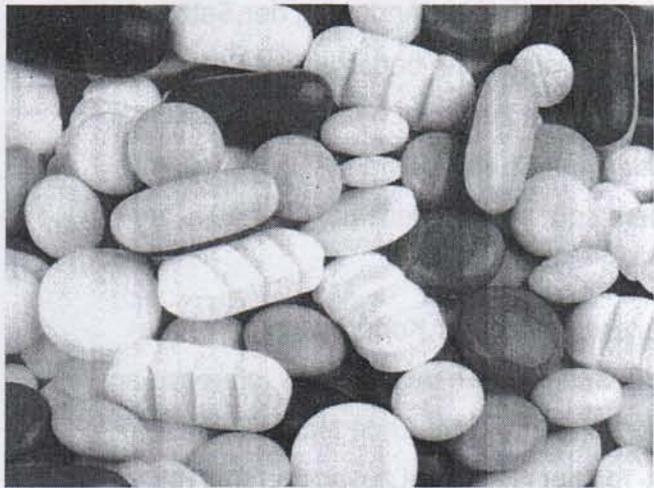
Spalten und Hinhalten!

Der Arbeitgeber will uns in Sicherheit wiegen und einschläfern: die Pläne würden überarbeitet, besonders im Pflegebereich (BZ 22.2.). Diese Manöver kennen wir: einen Keil treiben zwischen PflegerInnen und die anderen ArbeiterInnen, die PflegerInnen mit vagen Versprechungen hinhalten. Es solle keine „betriebsbedingten“ Kündigungen geben....hahaha! Wir kennen die Praxis der letzten Jahre: befristete Verträge, offen gelassene Stellen, also „kalte Kündigungen“. Das Ergebnis bleibt gleich: Die KollegInnen fehlen und es gibt eine weitere Arbeitsverdichtung! Wir lassen uns weder spalten noch hinhalten – das kriegen wir nur gemeinsam hin!

Was tun?!

Es macht Sinn den Aufsichtsrat auf die Füße zu treten, wie bei den Sitzungen im Februar und am 13. März. Aber das wird nicht reichen, hier im Betrieb liegen Macht und Möglichkeiten! Aber in der Klinik wird nicht automatisch was passieren, dazu fehlt uns die „Übung“. Kein Einspringen aus dem Frei und „Dienst nach Vorschrift“ sind erste Schritte. Das muss organisiert werden: nutzt die Übergabezeit, diskutiert mit KollegInnen....Die nächsten Wochen werden entscheidend sein, „von oben“ werden täglich Tatsachen geschaffen. Im nächsten Schritt sollte es Treffen der verschiedenen Bereiche geben. Auf der Versammlung im Februar hat es konkrete Vorschläge gegeben, die harren auf Umsetzung! Das kriegen wir nur gemeinsam hin! Fortsetzung folgt

Einige KollegInnen aus der Klinik



Neues von der Rhön AG

Mai: Ungebremster Wille zum Profit - Rhön Klinikum AG strebt weiter ihre Übernahme an

Nach dem im vergangenen Jahr gescheiterten Übernahmeversuch durch den Gesundheitskonzern *Fresenius* hält der Klinikkonzern *Rhön AG* weiter an diesem Vorhaben fest. Der erste Versuch, den europaweit größten und somit nahezu konkurrenzlosen Klinikkonzern zu schaffen, scheiterte vor fast genau einem Jahr.

Damals hatten sich direkte Konkurrenten von *Rhön* und dem *Fresenius*-Tochterkonzern *Heli-os*, Anteile an *Rhön* besorgt. Bernard Broermann, Chef von *Asklepios*, der dritte der drei großen Klinikkonzerne in Deutschland, stieg mit 5% Anteilen ein. Im September 2012 erwarb der Medizintechnikkonzern *B. Braun*, ebenfalls ein direkter Konkurrent des *Fresenius*-Tochterkonzerns *Fresenius Kabi*, 5%. Damit scheiterte die Übernahme an einer in der *Rhön*-Satzung festgeschriebenen Hürde von 90% Zustimmung der Aktionäre. Genau diese Hürde sollte nun auf der Aktionärsversammlung am 12. Juni 2013 herab gesenkt werden. *Rhön*-Gründer Eugen Münch, der 12,5% hält, wird dabei von dem schwedischen Pensionsfond *Alecta* (9,9% Anteile) unterstützt. Ob dies auch gelingt blieb bis

zuletzt fraglich, da eine Änderung der Satzung auch 90% Zustimmung bedarf. Dass Broermann dem nicht zustimmt galt als sicher. Zumal sich Asklepios-Chef Broermann von Kartellamt zusichern ließ, seine Anteile auf über 10% aufzustocken.

Ein weiterer Schritt zur Kooperation mit *Fresenius*, die weiterhin ein vehementes Interesse an Rhön bekunden, wurde Ende Mai bekannt. Fresenius-Tochter *Helios* will zusammen mit der Krankenkasse *Debeka* betriebliche Zusatzversicherungen für Beschäftigte von deutschen Unternehmen anbieten. Dabei könnten mit „HELIOSplus“ Zusatzleistungen, wie bei Privatversicherungen, also Ein- oder Zweibettzimmer, in Anspruch genommen werden. Damit sollen Beschäftigte unter pseudo-gesundheitsbewussten Gesichtspunkten stärker an die Unternehmen gebunden werden. *Helios* intern gilt das seit 2008 und soll nun auf weitere Unternehmen ausgedehnt werden. Die ersten, die eine Bereitschaft zur Zusammenarbeit ankündigten, waren wieder mal die nimmer sattene *Rhön AG*.

Juni: Aktionärsversammlung kippt 90% Hürde

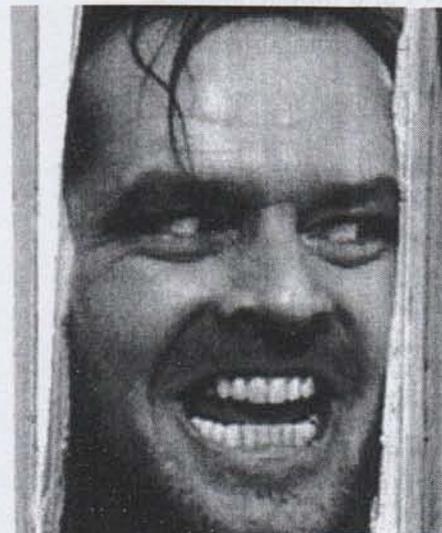
Die erwartete Aktionärsversammlung der *Rhön Klinikum AG* am 12.6.2013 brachte eine Überraschung. Gegen die Stimmen des *Asklepios*-Chefs Bernard Broermann wurde die Klausel abgeschafft, die 90% Zustimmung vorsieht, um die Unternehmenssatzung zu ändern. Ein weiterer Gegner der von *Rhön* angestrebten Übernahme durch *Fresenius*, der Medizintechnikkonzern *B. Braun* (5% Anteile), wurde, den *Finanznachrichten* vom 13.6.13 zu Folge, bei der

Abstimmung nicht berücksichtigt, da sie nicht "ordnungsgemäß legitimiert" seien. Konkretes ist aus Pressemeldungen bisher nicht zu erfahren. *B. Braun* und weitere Aktionäre wollen nun den Beschluss anfechten (*Süddeutsche Zeitung* 14.6.2013).

Von *Rhön* wurde die Gelegenheit auch gleich genutzt, um die Sperrminorität von 10% auf 25% anzuheben. *Rhön* wirbt nun wieder für die Übernahme durch *Fresenius*.

Rhön droht B. Braun

Nachdem der Medizintechnikkonzern *B. Braun* wegen ihrer nicht gezählten Stimmen bei der kürzlich stattgefundenen Aktionärsversammlung klagen will, droht der *Rhön Konzern* seinerseits nun, *B. Braun* von seiner Lieferantenliste zu streichen. Laut der Nachrichtenagentur *Reuters* 22.6.13 überlegt *Rhön*, so Aufsichtsratsvorsitzender Eugen Münch, "Produktpaletten unserer Zulieferer, auch von *B. Braun*" zu überprüfen. Die Entscheidung läge zwar beim Vorstand, aber er halte "eine Auslistung von *Braun* für möglich". Dies würde für *B. Braun* enorme finanzielle Einbußen zur Folge haben.



LÄCHELN DES MONATS

Herausgeberin: Unabhängige Betriebsgruppe Amperkliniken Dachau

E-Mail: betriebsgruppe.amperkliniken@yahoo.de

Internet: www.betriebsgruppen.de/bgak

über Privatisierung im Gesundheitswesen: www.ungesundleben.org/privatisierung